

In sieben Jahren flossen 9,2 Mio. Euro Fördermittel nach Ostbelgien

ERASMUS+-PROGRAMM

19.05.2021 um 20:10 Uhr

Das Europäische Parlament hat das Austauschprogramm Erasmus+ für die kommenden Jahre gebilligt. Auch ein Freiwilligen- und ein Kulturprogramm genehmigten die Abgeordneten in der Nacht auf Mittwoch in zweiter Lesung. Alle drei Verordnungen sind Teil des Haushaltspakets für die Jahre 2021 bis 2027.



Im Bildungsbereich wird das Erasmus+-Programm in Ostbelgien besonders gerne genutzt. | Foto: dpa

Erasmus ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Seit 1987 ermöglicht das Austauschprogramm Menschen Begegnungen und Bildungserlebnisse über die Grenzen hinweg. Das Programm hat sich über die Jahre stark weiterentwickelt. Zunächst vor allem auf Studierende einer Hochschule ausgerichtet, deckt es mittlerweile alle Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung ab: frühkindliche Bildung und Betreuung, schulische Bildung, berufliche Aus- und Weiterbildung, Hochschul- und Erwachsenenbildung. Es unterstützt zudem die Zusammenarbeit im Bereich der Jugendpolitik und fördert die Teilnahme am Sport – daher das Plus am Ende des Namens.

Das EU-Parlament hat über die neue Generation des Erasmus+-Programms für die Jahre 2021-2027 abgestimmt. „Das Budget ist so groß wie nie zuvor. Mit 26 Milliarden erhält das Programm für die neue Förderperiode fast doppelt so viele Mittel wie in den sieben Jahren zuvor. Das ist vor allem auf die

Verhandlungen des EU-Parlaments zurückzuführen, das die Erfolgsgeschichte Erasmus+ konsequent weiterschreiben möchte“, erklärt der ostbelgische EU-Abgeordnete Pascal Arimont (CSP-EVP) vor dem Hintergrund der Abstimmung.

„Die Ziele, die sich das Programm für die Förderperiode 2021-2027 steckt, sind sehr ehrgeizig. Während Erasmus + 2014-2020 mehr als vier Millionen Menschen Mobilitätsmöglichkeiten bot, sollen im neuen Programmplanungszeitraum bis zu zwölf Millionen Teilnehmer erreicht werden“, macht Arimont deutlich. „Das ist damit zu erklären, dass das Erasmus+-Programm längst nicht nur Studenten ansprechen soll, die ein Semester im Ausland verbringen. Das Angebot für den Austausch ist auf die berufliche Ausbildung oder den strukturellen Austausch zwischen Bildungseinrichtungen – also z.B. Lehrern, Schul- oder Kindergartenpersonal – oder Teilnehmer von Programmen der Erwachsenenbildung ausgeweitet worden. Das Lebenslange Lernen steht hier im Fokus. In diesem Rahmen spielen auch langfristige Strategien der EU wie die Klimaneutralität bis 2050 oder der digitale Wandel eine wichtige Rolle.“

Die Europäer sollen durch die innereuropäische Mobilität über viele Jahrzehnte die Möglichkeit erhalten, neue Arbeits- und Lebenskompetenzen zu erwerben, um sich an die Veränderungen in diesem Bereich anzupassen. All das könne ab 2021 an dem Programm beteiligt werden. Insgesamt soll ein echter europäischer Bildungsraum entstehen, so Arimont.

Darüber hinaus sind die Bereiche Jugend und Sport feste Bestandteile des Programms. „Ein neuer Bestandteil des Programms ist das so genannte DiscoverEU, das bislang nur ein Pilotprojekt war. Es soll 18-Jährigen ermöglichen, mit der Bahn für eine begrenzte Zeit durch Europa zu reisen und so europäische Erfahrungen zu sammeln“.

Nicht zuletzt der soziale Aspekt des Programms soll gestärkt werden.

„Erasmus darf kein Eliten-Projekt sein. Bislang waren Jugendliche aus sozial schwachen Familien in dem Programm unterrepräsentiert. Das soll nun dadurch geändert werden, dass sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten Aktionspläne entwickeln, um Hindernisse zu erkennen und die Beteiligung benachteiligter Menschen zu erhöhen. Außerdem können sie

zusätzliche Zuschüsse, einschließlich Vorauszahlungen zur Deckung der anfänglichen Kosten, bereitstellen. Nach dem vereinbarten Text können Projekte zum Beispiel nicht wegen höherer Kosten im Zusammenhang mit Maßnahmen, die die Inklusion gewährleisten, abgelehnt werden. Auch die Inklusion behinderter Menschen soll auf diese Weise verbessert werden. Dieser Punkt war für uns als Parlament sehr wichtig“, verdeutlicht der ostbelgische EU-Abgeordnete.

Ebenso hat das Parlament laut Arimont darauf gepocht, dass die Papierarbeit für die Antragsteller und kleineren Strukturen verringert und Anträge vereinfacht werden, u.a. durch spezifische Online-Zugänge. Der europäische elektronische Studierendenausweis soll z.B. die Arbeit für die Hochschulen weiter erleichtern. „Durch all das soll das Ziel erreicht werden, möglichst viele Menschen für die innereuropäische Mobilität und den Austausch zu begeistern.“

Das Jugendbüro hat von 2014 bis 2020 insgesamt 177 Projekte berücksichtigt.

In Ostbelgien werden die Anträge für Erasmus+-Projekte vom Jugendbüro bearbeitet. Dort werden auch die der DG zugewiesenen Erasmus-Gelder verwaltet. Wie Irene Engel, Geschäftsführerin des Jugendbüros, auf Anfrage erklärte, seien in der Programmperiode 2014 bis 2020 insgesamt 177 Projekte berücksichtigt und bezuschusst worden. In den vergangenen sieben Jahren habe man über Finanzmittel in Höhe von 9,2 Millionen Euro verfügt. Dass die EU die Erasmus+-Mittel jetzt verdoppele, sei eine gute Neuigkeit. Für Erasmus+ ist beim Jugendbüro Margret Zeiner zuständig, die erklärt, dass das EU-Programm besonders im Bildungsbereich genutzt werde, zumal es sich an Schüler und Lehrer richte. Relativ neu sei, dass Mitarbeiter aus der Erwachsenenbildung an dem Programm teilnehmen könnten. (um/red)